

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Nummer: Ullsteinhaus, Berlin. Postverkehrs-Konto: Berlin 600. Monatslohn 90 M. (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamteinhalt (außer dem Handelsteil) i. V. K.-W. Philipp, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. ^{„Anwärter“} 15 Pf. • Nr 153

MITTWOCH, 30. MÄRZ 1932

MORGEN-AUSGABE

Zardieu drängt nach London

Er will vor der Vierer-Konferenz mit MacDonald sprechen

Wirtschaft mit Kanonen

Von F. W. VON OERTZEN

Die Versuche des französischen Ministerpräsidenten Zardieu, die Idee MacDonalds zu entwerfen, der eine deutsch-englisch-französisch-italienische Ausdrücke über die Donaufragen herbeiführen will, haben ganz gefehlt, doch der Termin dieser Konferenz zu vieren noch immer nicht endgültig feststeht. Wie gestern abend amtlich mitgeteilt wurde, hat die deutsche Regierung die englische Einladung zu einer Ausdrücke erhalten und angenommen; aber diese amtliche Mitteilung sagt nichts über Zeitpunkt und Ort der Zusammenkunft, weil nämlich in zwischen Zardieu seinen Entschluß angeknüpft hat, unter allen Umständen schon am Ende dieser Woche zusammen mit dem Finanzminister Glavin nach London zu fahren.

Der deutsche Reichskanzler würde für seine Person gegen diesen frühen Termin nichts einzuwenden haben, da er noch immer zur rechten Zeit zurück sein könnte, um sein innerpolitisches Programm zu erledigen. Zweifelhaft aber sind es im Augenblick zu sein, ob Graveli so schnell abstimmlig ist, daß der Wagnis-Termin eingehalten werden kann, da er erst am Sonnabend aus Nijmegen in Rom zurück-erwartet wird.

Es wäre allerdings sehr zu behaupten, wenn aus diesem Grunde die Zusammenkunft nicht Ende dieser Woche stattfinden könnte, denn es ist immer wieder betont worden, wie schwer es Dr. Brüning fallen würde, in den Tagen zwischen dem 4. und 9. April Weißwasser zu verlassen. Es dürfte auch von heutiger Seite in London darauf hingewiesen worden sein, daß nur sehr schwerwiegende Gründe den Kanzler zu einer Veränderung seiner innerpolitischen Dispositionen veranlassen könnten. Da man das auch in Rom weiß und ebenfalls ein Zweifel daran nicht bestehen kann, weshalb Zardieu so sehr auf eine Ausdrücke zwischen sich und MacDonald dränge, wird man wahrscheinlich auch in London alles tun, um einen Zeitpunkt zu finden, der Dr. Brüning die Teilnahme an den Verhandlungen ermöglicht.

Sollte das in diesen nicht möglich sein, weil MacDonald ja nicht gut Zardieu am Kommen verhindern kann, so dürfte diese Unterhaltung unter vier Augen kaum mehr den politischen Wert haben, den man ihr auf französischer Seite gerne beigemessen wissen wollte.

Die amtliche Pariser Darstellung

Das Kommissariat, das der Duxi & Orfan gefahren aber über die Reise nach London herausgab, hat folgenden Wortlaut:

„Ministerpräsident Zardieu wird Paris Sonntag nachmittags verlassen, um sich nach London zu begeben. Er gibt auf Liefe Weise der Einladung Folge, die er Anfang März von der britischen Regierung erhalten hat und die er gleich damals für die ersten Tage des Monats April angenommen hatte. Der Ministerpräsident wird auf seiner Reise von Finanzminister Glavin begleitet werden.“

Was die Zusammenkunft der vier Großmächte betrifft, die die Einladung an die fünf zentral-europäischen Staaten in Hinblick auf eine Verbesserung deren wirtschaftlicher Beziehungen ausarbeiten soll, behält folgende Lage:

„Das Prinzip dieser Zusammenkunft ist einstimmig angenommen. Bisher aber konnte das Datum noch nicht festgelegt werden, da man darüber noch ungewiß ist, wie die materiellen Möglichkeiten für die Regierungsjahres und die Minister liegen, die auf dieser Konferenz zusammenzutreffen sollen.“

Am 24. März hat Zardieu, der am 23. März durch einen den Stempel vom 22. März tragenden Brief mit dem diesbezüglichen Vorschlag Sir John Simons befehligt wurde, dem britischen Außenminister seine Zustimmung mitgeteilt. Über diese Zustimmung konnte im übrigen kein Zweifel bestehen; denn der ursprüngliche Vorschlag Frankreichs, der im französischen Memorandum von Anfang März zusammengefaßt ist, steht in erster Linie die Herstellung eines Einverständnisses zwischen den vier Großmächten über den Text der Einladung an die zentral-europäischen Staaten an.

Der Ministerpräsident und der Finanzminister werden im Laufe des Monats in ihren britischen Kollegen konferieren und in Paris am Dienstag vormittag zurück sein.

Die Entwicklung des Konflikts zwischen China und Japan weist eine Reihe von Zügen auf, die erst allmählich klarer werden und erkennbare Konturen annehmen. Solange die Gegensätze domieren und das dumpfe, unheilvolle Surren der japanischen Bombenflieger der erdtrötenden Welt in den Ohren klang, haben die militärischen Handlungen an sich im Vordergrund des Interesses, und die Bemühungen der Mächte gingen darauf hinaus, zunächst einmal dem Blutvergießen Einhalt zu tun. Das schien einer Welt, die die Jahre von 1914 bis 1918 noch bewußt miterlebt hatte, das wichtigste zu sein. Sobald jedoch die eigentlich militärischen Handlungen etwas mehr in den Hintergrund treten, ist es notwendig, die Aktion von Teilen der japanischen Armee, sowohl in der Mandchurien wie bei Schanghai, in einem etwas größeren Rahmen zu unterziehen.

Die „Vossische Zeitung“ hat eine traurige Zwischenbilanz wiedergegeben, in der — noch unvollständig und lückenhaft — die Opfer und Schäden zusammengefaßt worden sind, die die japanische Unternehmen bisher auf beiden Seiten gefordert hat. Diese Rechnung mußte ganz natürlich einseitig sein, da sie eben nur die Opfer der rein militärischen Aktion erfaßte und unbeachtet ließ, wie viele wirtschaftliche Hindernisse vor dem Beginn der japanischen Offensive zu verzeichnen gewesen sind, und welche Schäden als Folge der Unternehmung eintreten werden — oder vermieden worden sind.

Dieser Krieg zwischen Japan und China, dessen erste Phase jetzt abgeschlossen zu werden scheint, ist nämlich ein typischer Krieg im Sinne des alten Clausewitz'schen Wortes vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Die politischen Mittel der diplomatischen Intervention und des Wirtschaftsdrukkes, die Japan zur Durchsetzung seiner politisch-wirtschaftlichen Forderungen gegenüber China zur Verfügung gestanden hatten, waren verbraucht und unwirksam geworden. Die chinesische Generation des Wirtschaftspolitikers begann eine verheerende Wirkung auf Japan auszuüben, eine Wirkung, die durch den zeitlichen Zusammenfall mit der allgemeinen Weltdepression noch verheerender wurde. Die japanische Staatsleitung sah sich — wollte sie nicht auf die Durchsicherung ihrer langfristigen angelegten Wirtschaftslösungen in der Mandchurien allmählich verzichten und widerhandeln eine Japans Lebensinteressen bedrohende Wirtschaftslösung in Kauf nehmen — dazu gezwungen, ihre bisher China gegenüber betriebene Politik mit anderen, d. h. nach der alten Auffassung vom Lebensrecht der Staaten, mit kriegerischen Mitteln fortzusetzen.

Es kann natürlich ein Zweifel darüber nicht bestehen, daß dieser Entschluß und seine Durchsicherung alle die Bedingungen des Weltkrieges durchgreifend internationalen Vereinbarungen entweder direkt oder indirekt ins Gesicht schlagen mußte. Wenn die Staaten wirklich ehrlich auf „den Krieg als Mittel der nationalen Politik“ verzichten wollen, wie sie das im Kellogg-Pakt feierlich getan haben, so gibt es eben die Fortsetzung der Politik mit „anderen“ Mitteln nicht mehr.

Diesem Dilemma hat rein äußerlich und beschämend blickend Japan dadurch aus dem Wege zu gehen versucht, daß es, ebenso wie der Völkerverbund, auf das Wort „Krieg“ einen großen Bogen gemacht hat, während es sich tatsächlich um einen Krieg ganz im Sinne der alten Handels- und Wirtschaftslösungen allerdings, im Gegensatz zu dem offensichtlichen Wahnsinnsausbruch des Weltkrieges, mit beschränkten Mitteln auf die Erzielung gewisser beschränkter wirtschaftlicher und politischer Ziele gerichtet ist.

Daß die Japaner bei Beginn ihrer Aktion in einer Zwangslage zum mindesten zu sein glaubten, ist nicht nur durch das unumkehrte Gerede, denn es ist nicht anzunehmen, daß sie die schweren finanziellen Belastungen verhältnismäßig groß angelegter militärischer Operationen auf sich genommen hätten, wenn ihnen ein anderer, billigerer Weg gangbarer erschienen wäre. Gegen kriegerische Maßnahmen mußte dazu auch die Überlegung sprechen, daß man in der Welt von heute nicht ohne jeden Widerpruch Krieg führen kann.

Unter diesen Bedingungen mußte das japanische Vorgehen ganz zwangsläufig den Charakter eines Krieges nach dem

Interesse an Oesterreichs Bahnen?

Ein neuer Ansatzpunkt für Pariser Kredit-Pläne

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 29. MÄRZ

In allerjüngster Zeit äußert sich, wie wir hören, hartes französisches Interesse für die österreichischen Bundesbahnen, die für den Staatshaushalt eine wenn möglich noch größere Sorge sind als die Kreditanstalt. Die letzte feste Tarifveränderung hat wegen des Verkehrsrückganges nicht den erwünschten Erfolg gebracht, so daß sich die Verwaltung soeben zu starken Ermäßigungen besonders im Hauptverkehr entschlossen hat.

Die dringende Investitionsstätigkeit wird mit Hilfe von Finanzierungsarbeiten der ausführenden Unternehmen aufrechterhalten. Da weitere Subventionen schwer denkbar sind, muß der Bund auf einen von ihm zu bedenkenden jährlichen Gehalt von 100 Millionen Gehalt gefaßt machen.

Es hat der Gedanke, die Bahnen zu veräußern, an sich einen gewissen Reiz. Dennoch kann man nicht annehmen, daß der Nationalrat sich damit abfinden könnte. Das französische Interesse taucht in einem Augenblick auf, in welchem auch das führende Regierungsglied eine Verhinderung der österreichischen Frage von der Handels- auf die Kreditpolitik bezieht. Weder ein Antisemitismus, noch das drohende Moratorium für die öffentlichen Auslandsanleihen zu verhindern hätte, noch eine derartige Entlastung des Staatshaushalts durch Ablösung der Bahnen könnte am Reife der österreichischen der Geschäftsbereich ändern. Eine noch so feste Zusage französischer Tarife und Subventionen könnte Österreich davon bewahren, daß in der Hand einer ausländischen Gruppe

die Bundesbahnen statt in den Dienst der österreichischen Wirtschaft in den fremden Interessen gestellt würden. In welcher Richtung diese Wirkung, ist gerade heute angesichts des Bedarfs einer Politisierung der wirtschaftlichen Donaufragen leicht zu erraten.

Wien kündigt Handels-Verträge

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 29. MÄRZ

Deutsch-Oesterreich ist einer Ankündigung des Handelsministeriums zufolge im Begriff, eine ganze Reihe von Handelsverträgen zu kündigen. Es dürfte sich vor allem um die Verträge mit den Nachbarländern Ungarn, Rumänien und Serbien handeln, bei denen die Oesterreich im Interesse seiner Wirtschaft der Überwindung zollgesetzlicher Schwierigkeiten entgegen will.

Zugleich ist von einer Aufkündigung des Handelsvertrags mit der Tschechoslowakei die Rede, der, um am 15. Juli abzulaufen, drei Monate vorher getündigt werden mußte. Es ist aber anzunehmen, daß man mit dieser Drohung lediglich eine freigelegtere Handhabung des schiedlichen Einfuhrbewilligungsverfahrens erreichen will. Von den geplanten Einfuhrverboten, die der Bundeskanzler in der Demarre die den fremden Gebirgen angekündigt hat, ist es ganz klar geworden; die Regierung will offenbar die Erfolgs der neuen handelspolitischen Erörterungen abwarten. Die sich an das Angebot Deutschlands und der Tschechoslowakei knüpfen,